

Mündliche Anfragen

zur 34. Fragestunde

in der 129. Plenarsitzung vom 15. Oktober 2020

1. Anfrage des Abg.
Nico Weinmann FDP/DVP

Eingang: 07. 09. 2020

Umgang mit Aufnahmen von Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmern

- a) Inwiefern bejaht oder verneint die Landesregierung die Annahme, dass das Anfertigen von Bildaufnahmen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Demonstration bzw. einer Gegendemonstration regelmäßig eine Gefährdung der Aufgenommenen darstellt, welche ein Einschreiten der Polizei gegen die Aufnahmen rechtfertigen würde?
- b) Welche Anstrengungen unternimmt die Polizei, um im Nachgang von Demonstrationen eine missbräuchliche Verwendung solcher Aufnahmen zu identifizieren und zu unterbinden?

2. Anfrage des Abg.
Anton Baron AfD

Eingang: 28. 09. 2020

Legitimation des Netzboosters in Kupferzell

- a) Wie beurteilt die Landesregierung hinsichtlich der Legitimität, Akzeptanz und Kommunikation des Netzboosters die Tatsache, dass die Anlage – trotz ursprünglich gegensätzlicher Aussage der TransnetBW – nun offenbar doch nicht Teil des Bundesbedarfsplans sein wird, sodass eine Abstimmung im Bundestag unwahrscheinlich ist?
- b) Hält die Landesregierung es für angemessen und vertretbar, dass für derart umfangreiche punktuelle Maßnahmen – im Gegensatz zu kleineren Streckenmaßnahmen – eine Bestätigung durch den Netzentwicklungsplan der Bundesnetzagentur ausreichend ist?

3. Anfrage des Abg.
Anton Baron AfD

Eingang: 30. 09. 2020

Beurteilung der Machbarkeitsstudie zur Kochertalbahn

- a) Wie beurteilt die Landesregierung die am 11. September 2020 eingereichte Machbarkeitsstudie hinsichtlich neuer Erkenntnisse zur Realisierbarkeit und Rentabilität?
- b) Wie schätzt die Landesregierung die unterschiedlichen in der Studie dargestellten Varianten ein, darunter auch die Verlängerung bis Nagelsberg sowie die Alternativen einer Tunnellösung oder der Beschaffung gefälletauglichen Zugmaterials zur Abkürzung der Streckenlänge und Fahrzeit zwischen Gaisbach und der Künzelsauer Kernstadt?

4. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP
Eingang: 01. 10. 2020
- Rechtslage zum Standort von Ortstafeln – Ablehnung von Reformen durch das Bundesverkehrsministerium (BMVI)**
- a) Wie interpretiert die Landesregierung angesichts dessen, dass sie selbst eine Bundesratsinitiative zu Änderungen der Regelungen zur Aufstellung von Ortstafeln ablehnt und den Bund bei dieser Thematik am Zuge sieht, Aussagen des Staatssekretärs im BMVI, der eine Änderung bestehender Normen für „nicht angezeigt“ hält und ausreichende Lösungsmöglichkeiten auf Landes- bzw. kommunaler Ebene sieht (vgl. Bundestagsdrucksache 19/22089, Frage 107)?
- b) Welche weiteren Schritte gedenkt die Landesregierung – angesichts der Ablehnung einer Reform durch das BMVI – zu unternehmen, insbesondere im Hinblick darauf, dass sowohl von den unteren Straßenverkehrsbehörden als auch von Anwohnerinnen und Anwohnern verstärkt Änderungen gewünscht werden, die auch der Bekämpfung von Lärmspitzen dienen?
5. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP
Eingang: 02. 10. 2020
- Fortgesetzte Probleme auf der Residenzbahn**
- a) Wie bewertet die Landesregierung – unter Nennung von konkreten Maßnahmen zur Verbesserung – die fortgesetzten Probleme hinsichtlich der Pünktlichkeit und vielfacher Zugausfälle auf der Residenzbahn, die trotz gegensätzlicher Zusagen und Versprechen bis heute nicht merklich abgenommen haben?
- b) Inwieweit ist sichergestellt, dass der Zugverkehr auf der Residenzbahn bei der geplanten Wiederaufnahme des Zweistudentakts von den kleinen Haltepunkten im östlichen Enzkreis nach Karlsruhe, die ursprünglich für Dezember 2020 geplant war, reibungslos verläuft und nicht erneut derartige Zustände wie bei der letztjährigen Fahrplanumstellung auftreten?
6. Anfrage des Abg.
Dr. Boris Weirauch SPD
Eingang: 02. 10. 2020
- Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Minister für Soziales und Integration wegen des Verdachts der Vorteilsannahme**
- a) Aufgrund welcher Rechtsvorschrift der Strafprozessordnung (StPO) wurde das Ermittlungsverfahren gegen den Minister für Soziales und Integration in der Affäre um Fördergelder für den Kabarettisten Christoph Sonntag wegen des Verdachts der Vorteilsannahme eingestellt?
- b) Wurden dem Minister für Soziales und Integration neben der bereits bekannt gewordenen Verpflichtung zur Zahlung eines Geldbetrags zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung weitere Auflagen und Weisungen erteilt, um das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu beseitigen?
7. Anfrage des Abg.
Udo Stein AfD
Eingang: 07. 10. 2020
- Aktuelle Sicherheitslage für Bedienstete wie Reisende im deutschen Bahnverkehr**
- a) Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Sicherheitslage für Bahnreisende wie Beschäftigte, auch im Hinblick auf den Angriff auf einen Bediensteten in einem Regionalzug zwischen Crailsheim und Ilshofen am 31. August 2020?
- b) Welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die allgemeine Sicherheitslage im baden-württembergischen Bahnverkehr zu erhöhen?

8. Anfrage des Abg.
Udo Stein AfD

Eingang: 07. 10. 2020

Prävention und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)

- a) Unter welchen Voraussetzungen ist die Landesregierung dazu bereit, eine Abschussprämie auf Schwarzwild zu gewähren?
- b) Welche weiteren Maßnahmen erachtet sie für zielführend, sollte die ASP trotz intensiver Bemühungen dennoch in Baden-Württemberg nachgewiesen werden?

9. Anfrage der Abg.
Sabine Wölfle SPD

Eingang: 12. 10. 2020

Verfügbarkeit von Grippeimpfstoff nach dem Aufruf des Sozialministers zur Impfung am 1. Oktober 2020

- a) Inwiefern treffen aktuelle Berichte von Apothekern über die Knappheit des Grippeimpfstoffs auch für Baden-Württemberg zu?
- b) Wie ist die Versorgungssituation in Baden-Württemberg mit dem Hochdosisimpfstoff „Fluzone High-Dose Quadrivalent“, der für Personen ab 65 Jahren zugelassen ist?